

Freitag, den 11.02.2011

300 Aktive bei Aktionsversammlung gegen Landraub beschließen folgende Erklärung:

Dakar-Erklärung gegen Landraub

(vorläufige, unautorisierte Übersetzung der vorläufigen Version des französischen Originals http://www.eed.de/fix/files/doc/110215_Statement_Landrauf_fr.pdf)

Wir – Bauernorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, religiöse Organisationen, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen, versammelt in Dakar zum Weltsozialforum 2011:

In Erwägung, dass kleine und bäuerliche Landwirtschaft, die den größten Teil der Landwirte weltweit repräsentiert, am besten geeignet ist, um:

- ihre eigenen Ernährungsbedürfnisse zu decken und die Bedürfnisse der Bevölkerung, indem Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität von Ländern gesichert wird
- Beschäftigung für die ländliche Bevölkerung bereitzustellen und ökonomische Aktivität in den ländlichen Räumen aufrecht zu erhalten, was für eine gleichmäßige regionale Entwicklung entscheidend ist
- die Umwelt zu schützen und natürliche Ressourcen für zukünftige Generationen zu erhalten.

In Erwägung, dass der jüngste massive Landraub, der mehrere zehn Millionen von Acres im Interesse von privaten Akteuren oder Drittstaaten – sei es für Nahrung, Energie, Bergbau, Umwelt, Spekulation oder Geopolitik – Menschenrechte verletzt, indem er Kleinbauern, Wanderhirten oder Fischer ihrer Produktionsmittel beraubt, durch Begrenzung ihres Zugangs zu natürlichen Ressourcen oder durch Wegnahme ihrer Freiheit zu produzieren wie sie es selbst wollen. Das verstärkt die Ungleichheiten im Zugang und Kontrolle zu Land, was besonders Frauen betrifft.

In Erwägung, dass Investoren und mit ihnen verbundene Regierungen Nahrungssicherheit und -souveränität ländlicher Bevölkerungen bedrohen, so dass sie verurteilt sind massive Arbeitslosigkeit und Landflucht zu erleiden, dass sie Konflikte verstärken und dass sie zum Verlust von bäuerlichem Wissen, Fähigkeiten und kultureller Identitäten beitragen.

In Erwägung, dass Land und Respekt kollektiver Rechte sind zuerst eine rechtliche Verantwortung nationaler Parlamente und Regierungen. Sie tragen die Hauptverantwortung für den Landraub.

Wir rufen die Parlamente und nationalen Regierungen auf, alle laufenden und zukünftigen Fälle massiven Landraubs zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass das geraubte Land zurückgegeben wird. Wir fordern, dass vor allen großen Landvergaben, nationale Regierungen einen effektiven rechtlichen Rahmen für die Anerkennung und Regulierung von Landnutzungsrechten implementieren, unter Anhörung aller Betroffenen. Dazu bedarf es Korruption und Klientelwirtschaft zu beenden, die alle Versuche von gemeinsamem Landmanagement zunichte machen.

Wir fordern, dass regionalen Staatenvereinigungen, die FAO und andere nationale und internationale Institutionen sofort die Zusagen implementieren, die in der Internationalen Konferenz zu Landreform und Ländlicher Entwicklung (ICARRD – alle Prozesse und internationalen Instrumente bezüglich Landraub sind in einem Appendix aufgelistet) von 2006 gemacht wurden. Darunter die Landrechte der NutzerInnen zu garantieren, das Revival von Landreformprozessen basierend auf einem fairen Zugang zu natürlichen Ressourcen und ländlicher Entwicklung zum Wohle aller. Wir verlangen, dass der Erstellungsprozess der

FAO-Richtlinien gestärkt wird und dass er auf den Menschenrechten basiert, wie sie in den verschiedenen Chartas und Pakten niedergelegt sind; diese Rechte sind nur effektiv, wenn verbindliche rechtliche Instrumente auf nationaler und internationaler Ebene verankert sind, die Staaten zur Befolgung ihrer Verpflichtungen verpflichten. Ebenso müssen wir betonen, dass Menschenrechte dem internationalen Handel und Investitionen übergeordnet sind, die je Quellen von Spekulation mit natürlichen Ressourcen und landwirtschaftlicher Produkte sind.

Gleichzeitig, drängen wir das Komitee für Welternährungssicherheit (CFS) definitiv die Prinzipien der Weltbank für verantwortliche landwirtschaftliche Investitionen zurückzuweisen, die illegitim und unzureichend sind, um das Phänomen des Landraubs anzugehen, und die Verpflichtungen von ICARRD wie auch die Schlussfolgerungen des „International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD)“ in seinen globalen Aktionsrahmen aufzunehmen.

Wir fordern, dass Staaten, regionale Organisationen und internationale Institutionen die notwendigen Investitionen tätigen, um Alternativen zu massivem Landkauf und Agrobusiness zu unterstützen, wie sie von familiärer Landwirtschaft und landwirtschaftlich-ökologischen Feldfrüchte darstellen. Angemessene Landwirtschaftspolitiken sollten alle ProduzentInnengruppen (Indigene Völker, Hirten, traditionelle Fischer, Kleinbauern, Nutzer von Agrarreformen), dabei muss der Fokus auf Frauen und Jugendliche liegen.

Schließlich laden wir die Bevölkerung und zivilgesellschaftliche Organisationen überall ein, all diejenigen zu unterstützen, die gegen Landraub kämpfen – und zwar mit allen möglichen menschlichen, medialen, rechtlichen, finanziellen anderen Mitteln von unten – und Druck auf die nationalen Regierungen und internationalen Institutionen auszuüben, um ihren Verpflichtungen für die Rechte der Menschen nachzukommen.

Wir haben alle die Verpflichtung Widerstand zu leisten und die Bevölkerungen zu unterstützen, die für ihre Würde kämpfen!